

daß sie sich künftig anständig und bescheiden betragen sollten. Hierauf bemerkte v. Nostiz, daß zu dergleichen Beschwerden die ausgelegten Beschwerdebücher den Passagieren zur Benutzung gestellt wären, und Staatsminister Behr bemerkte, eine allgemeine Weisung, wie sie gewünscht worden, würde unarathsam sein, da der Vorwurf nur Einzelne betreffe, man möge diese vorkommenden Fälle genau bezeichnen und sich direct an das Finanzministerium wenden, das dann gewiß die Beschwerde berücksichtigen werde. Abg. Haberkorn brachte die nicht allenthalben bequeme Einrichtung der Postwagen zur Sprache und äußerte sich gegen die von der Deputation angeregte Fixation; da aber der Referent versicherte, die Deputation habe dabei nur die Fixation der Briefträgerlöhne im Auge gehabt, so erklärte jener seine volle Zustimmung. Abg. Sachse wünschte außerdem Herabsetzung des Personengeldes bei den Fahrposten. Hinsichtlich der Emolumente der Beamten äußerte er, daß diese oft durch dieselben einen unverhältnißmäßig hohen Gehalt bezögen, so wie daß sie zuweilen in ihren Uniformen ein „vornehmeres Air“ annähmen, als ihren Leistungen entsprechend sei. Dagegen sprach Abg. Unger sehr lebhaft gegen eine Herabsetzung der Fahrgelder, welche er irrthümlich von der Deputation beantragt glaubte. Es seien bei der Verringerung der Posteinkünfte 95000 Thlr. mehr Fuhrerlöhne und Administrationskosten angelegt. Wollte man eine noch größere Verminderung beschließen, so würden die Kosten auf die Staatscasse und die Steuerpflichtigen fallen. Mit Unrecht fange man bei den Ersparnissen von unten an. Wer fahren wolle, der könne auch die Ausgabe tragen; sein Grundsatz sei: „wer will prahlen, der muß zahlen.“ Sachse trat der Ansicht entgegen, eine Verminderung der Postgelder werden die Posthalter schon in ihrem eigenen Interesse beantragen. Er habe bei seinem Wunsche, das Personengeld möge herabgesetzt werden, nur die Aussicht im Auge, daß dadurch die Zahl der Reisenden mit der Post vermehrt werden würde. Die Bestimmung der Fuhrerlöhne durch die Posthalter hielt Abg. Haberkorn für nicht billigenwerth. Nachdem die Discussion sich sehr in die Länge gezogen und Abg. v. d. Planitz die Ansichten der Deputation in Schutz genommen, der Referent aber mehrere Male zur Widerlegung gesprochen, wurde auf den Antrag des Abg. v. Zeschwitz die Debatte geschlossen und die Position so wie die Deputationsanträge einstimmig genehmigt. Pos. 11b. enthält die Eisenbahnnutzungen, die eine jährliche Einnahme von 634,500 Thlr., eine jährliche Ausgabe von 364,500 Thlr., also einen Reinertrag von 279,000 Thlr. ergeben. Hinsichtlich des Ansatzes „Besoldungen“ empfiehlt die Deputation den Antrag: „die Staatsregierung wolle den nächsten Kammern einen Personaletat über sämmtliches bei den Staatsseisenbahnen angestelltes Personal zur Prüfung und Genehmigung vorlegen,“ welcher Antrag, wie die Position selbst, einstimmig ohne Debatte angenommen ward. Dasselbe geschah bei Pos. 12. Zeitungenutzungen mit dem Ansatz von 20,000 Thlr. Dagegen gab Pos. 13. Salz- nutzungen, wieder Veranlassung zu verschiedenen Bemerkungen. Die Einnahme beträgt hier 750,217 Thlr. 2 Ngr., die Ausgabe 350,217 Thlr. 2 Ngr., es bleibt also ein reiner Ertrag von 400,000 Thlr. Die Deputation empfiehlt die Annahme, beantragt aber: „die Kammer wolle im Verein mit der ersten die Staatsregierung ersuchen, daß dieselbe zum Zweck eines mehreren Verbrauchs von Viehsalz Veranstaltung treffe, a) daß die dem letztern beizumischenden Stoffe nicht wie bisher einen dem Viehe unangenehmen Geschmack bedingen, b) daß das Viehsalz zugleich mit dem Kochsalz zu erlangen sei an allen Orten, wo von der Salzregie Salzverkaufsstellen eingerichtet worden.“ Hier gaben besonders die Herren Landwirthe ihre Erfahrungen über schlechte Qualität des Viehsalzes, dessen Gewicht, wie Dohme hervorhob, durch Rasse vermehrt würde. Auch Hausmann bestätigte, daß das Viehsalz von dem Vieh nicht gern genommen werde, Päßler widersprach der Ansicht, daß die beigemischten Stoffe schädlich seien. An seine Bemerkungen knüpfte er den Wunsch, das in der künftigen Finanzperiode lieber das Salz als das Fleisch höher besteuert werde, um den Armen Erleichterung zu schaffen. Abg. Unger stellte sodann den Antrag: „die Regierung möge ersucht werden, mehr Verkaufslöcalle für das Salz einzurichten und bei der Ausübung des Staatsmonopols kein anderes Monopol in Betreff des Salzverkaufs zu dulden.“ Dieser Antrag blieb jedoch ohne genügende Unterstützung. Auf die Klage des Abgeordneten,

daß in der Lausitz nicht an allen Orten Salz zu bekommen sei, antwortete der Referent, jede Gemeinde habe das Recht, einen Salzverkauf einzurichten, es sei also ihre eigene Schuld, wo dies nicht geschehen. Nach einer Bemerkung des Staatsministers Behr wurde die Position mit dem Deputationsantrage einstimmig angenommen. Desgleichen die folgende Pos. 14. (Floss- und Polzhofnutzungen, Einnahme 484,000 Thlr., Ausgabe 424,000 Thlr., Reinertrag 60,000 Thlr.) ohne Debatte. Pos. 15. enthält die Nutzung durch die Chausseeelder. Die Einnahme beträgt 260,000 Thlr., die Ausgabe 45,000 Thlr. und der Reinertrag 215,000 Thlr. Hier wurde ein Antrag des Abg. Reichenbach: „die Regierung möge in Zukunft kein Fixum mehr gestatten“, Veranlassung zu längerer Debatte, ohne daß der Antrag Anklang fand. Fast alle Sprecher äußerten sich gegen denselben, so Abg. v. Nostiz, Haberkorn, v. d. Planitz u. A. Der Letztere bemerkte, der Antrag gehe zu weit und sei in dieser Allgemeinheit nicht statthaft. Dieser Ansicht trat auch Staatsminister Behr mit der Bemerkung bei, wenn der Antrag nur darauf gerichtet wäre, der Regierung zu empfehlen, daß sie auf die Mißstände der Fixation ein Augenmerk richte und sie möglichst beschränke, so würde nichts dagegen einzuwenden sein. Nur Riedel nahm den Antrag Reichenbachs in Schutz; da dieser indessen einsah, daß er nicht durchbringen würde, ließ er ihn fallen und modificirte ihn dahin: „die Staatsregierung zu ersuchen, die Fixation der Chausseeelder möglichst zu beschränken, so wie die bestehenden Fixationsverhältnisse einer genauen Revision zu unterwerfen“, und in dieser Form wurde der Antrag (nachdem noch auf einige andere Uebelstände [von Kasten und v. Nostiz] bei den Chausseen aufmerksam gemacht worden war), so wie die Position selbst einstimmig angenommen. Wegen vorgerückter Zeit ward hiermit die heutige Sitzung abgebrochen, und wir bemerken nur noch, daß die Chausseeeldereinnahmen des Jahres 1846 einen Betrag von 297,728 Thlr. herausgestellt, während sie im Jahre 1849 nur 185,286 Thlr. ergeben haben. Die Ursache der Verminderung ist leicht aus der gestiegenen Benutzung der Eisenbahnen zu erklären. Die nächste Sitzung ist künftigen Montag. Die darauf folgenden Tage wird wegen des einfallenden Provinziallandtags in der Lausitz und des Bußtags keine Berathung stattfinden. †

## Witterungs-Beobachtungen

vom 10. bis 16. Novbr.

(Thermometer frei im Schatten.)

Nov.	Barum. d. Stunde.	10° R. Pariser Z. Lin.	Therm. nach R.	Wind.	Witterung
10.	Morgens 8	27, 11, 2	+ 5—	W.	trübe, feucht.
	Nachmittags 2	— 10, 7	+ 8, 8	WSW.	dicht bewölkt, windig.
	Abends 10	— 9, 5	+ 8, 5	WSW.	Wolken, windig.
11.	Morgens 8	— 8, 8	+ 9—	WSW.	trübe, windig.
	Nachmittags 2	— 8, 2	+ 9, 6	W.	trübe, windig.
	Abends 10	— 7, 1	+ 7, 7	WNW.	trübe, feucht.
12.	Morgens 8	— 5, 8	+ 8—	NW.	Regen, windig.
	Nachmittags 2	— 6, 7	+ 8, 6	NW.	Sonnenblicke, windig.
	Abends 10	— 7, 4	+ 5, 2	NW.	Regen.
13.	Morgens 8	— 7, 5	+ 4, 2	NW.	trübe, feucht.
	Nachmittags 2	— 5, 7	+ 5, 7	WNW.	Sonnenblicke, windig.
	Abends 10	— 5, 5	+ 3, 5	WNW.	bewölkt.
14.	Morgens 8	— 6, 8	+ 2—	NW.	Sonnenschein, Wind.
	Nachmittags 2	— 7, 8	+ 1, 9	NW.	Schneegestöber, gestirnt.
	Abends 10	— 9, 1	+ 0, 7	NW.	
15.	Morgens 8	— 10, 5	+ 0, 5	NW.	einz. Wolken.
	Nachmittags 2	— 10, 1	+ 3—	W.	Sonnenblicke.
	Abends 10	— 10, 1	— 0—	W.	gestirnt, matt.
16.	Morgens 8	— 11, 1	+ 0, 4	WNW.	bewölkt.
	Nachmittags 2	— 11, 9	+ 2	NNW.	Sonnenblicke.
	Abends 10	— 11, 8	— 2—	NNW.	gestirnt.

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Schletter.